

**Antragsteller: CDU-Ortsverband Vöhringen I Wittershausen**

**⇒ Änderung Staatsbürgerschaftsrecht**

Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen:

1. Doppelstaatler sollen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren, wenn sie schwerwiegende Straftaten begangen haben, in die Armee eines anderen Staates eintreten, sich im Ausland an terroristischen Kämpfen beteiligen oder ihre Einbürgerung durch Betrug erlangt haben. Ferner sollte Doppelstaatlern die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden, wenn sie das Existenzrecht Israels leugnen, zur Zerstörung Israels aufrufen oder wegen einer antisemitischen Straftat zu mind. 1 Jahr Haft verurteilt werden. Gleiches gilt für Doppelstaatler, die in Deutschland an terroristischen oder extremistischen Straftaten beteiligt sind.
2. Die deutsche Staatsangehörigkeit sollte nach einer Mindestaufenthaltsdauer von 8 Jahren möglich sein (und nicht nach 3 Jahren). Voraussetzung für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft ist die sprachliche Kompetenz, die anhand geeigneter Testverfahren unter Beweis gestellt werden muss. Ferner muss der Nachweis erbracht werden, dass die Staatsbürgerschaft nur an Bewerber vergeben werden kann, die ihren Lebensunterhalt nachweislich selbst verdienen bzw. einen ausreichenden Vermögensnachweis vorlegen können.
3. Ein zweiter bzw. weiterer Pass muss mit Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit aufgegeben werden.

**Begründung:**

Die deutsche Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut! Wer die Werte unseres Staates nicht einhält, unseren Gesetzen zuwiderhandelt oder gar schwerwiegend strafbar wird kann vom deutschen Staat nicht verlangen, dass er die Staatsbürgerschaft behalten darf. Dies wurde im Bundestagswahlkampf von der CDU so gefordert und wir möchten mit diesem Antrag bekräftigen, dass das Staatsbürgerschaftsrecht zeitnah geändert wird.

Für die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft erwarten wir, dass unsere Werte respektiert werden und die Voraussetzungen für eine Integration in unsere Gesellschaft aktiv geschaffen werden. So sehen wir z.B. das Erlernen der deutschen Sprache als notwendige Voraussetzung für eine Teilhabe in unserer Gesellschaft an.

Zur Vermeidung einer Zuwanderung in unsere Sozialsysteme setzen wir voraus, dass ein Bewerber für die deutsche Staatsbürgerschaft seine wirtschaftliche Absicherung und Unabhängigkeit nachweisen kann.

Die Doppelstaatlichkeit kann zum politischen Einfluss ausländischer Staaten in Deutschland führen und wird deshalb von uns abgelehnt. Wir betrachten es auch als Ungerechtigkeit, wenn MitbürgerInnen mit Doppelstaatsangehörigkeit 2 Stimmrechte (bei Wahlen) haben.

<b>Votum der Antragskommission:</b> <input type="checkbox"/> Annahme <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Annahme in geänderter Fassung	<i>Ggfs. geänderte Fassung:</i>
---	---------------------------------